

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Durch unsere Boten
täglich 4.00 Mark, monatlich 120.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeigen die Postanstalten
in Leipzig. — Erscheint wochentags.
Fernsprech-Anschluß Nr. 33.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Rezeptionspreis: Die Rezeptionsstellen
bestehen für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 4.00 Mark, auswärts
Anzeigen 6.00 Mark, Restante-Preis
je 12.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 161

Donnerstag, den 13. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In einer Sitzung des sächsischen Landtages am 28. oder 29. August wird über die im Volksbegehren geforderte Landtagsauflösung beraten und beschlossen werden.

Der Reichstag genehmigte gestern den Rest des Gesetzes zum Schutze der Republik nach den Beschlüssen des Ausschusses.

Das Garantiekomitee hat seinen Bericht nahezu vollendet. Seine Auffassung der Lage ist sehr pessimistisch, da alle neuen Steuervorschläge durch den Marksturz illusorisch gemacht seien.

Italienische und englische Vertreter in der Reparationskommission sollen die Gewährung eines sofortigen Moratoriums begünstigen.

Der Dollar setzt seine rückläufige Bewegung fort. Das ist darauf zurückzuführen, daß im Innern eine gewisse Beruhigung eingetreten ist.

Das Reutersbüro erzählt aus dem Haag, der Präsident der Konferenz teilte mit, daß es infolge der von Rußland eingenommenen Haltung nutzlos ist, die Verhandlungen fortzusetzen.

Noch keine Entspannung!

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter)

Noch immer ist die politische Lage bedrohlich. Jeder Tag kann schlimme Überraschungen bringen. In allen verantwortlichen politischen Kreisen wächst zwar die Einsicht, daß eine Reichstagsauflösung und Neuwahlen in gegenwärtiger Zeit nicht nur innerpolitisch, sondern erst recht gegenüber dem Auslande katastrophal wirken müßten. Trotzdem können in der Hitze der Leidenschaft Beschlüsse plötzlich zustande kommen, die eine Reichstagsauflösung unabwendbar machen. Es wird deshalb alle politische Staatskunst jetzt darauf verwendet werden müssen, derartigen Ueberraschungen entgegen vorzubeugen. Darunter darf aber natürlich die Hauptaufgabe dieser Zeit, der energische Schutz und die dauernde Sicherung des republikanischen Staates, nicht leiden. Auf zwei Wegen soll diese Hauptaufgabe erfüllt werden: durch neue scharfe Gesetze gegen die Mörderbanden und gefährlichen Geheimorganisationen, sowie durch Zusammenfassung aller republikanisch zuverlässigen Kräfte zu einer breiten Regierungsbasis. Auf beiden Wegen wird seit dem Tode Rathenaus eifrig gearbeitet. Wenn man dabei nicht in gleicher Weise auf beiden Straßen gut vorwärts gekommen ist, und wenn das gemeinsame Ziel noch immer nicht erreicht wurde, so liegt das an den sachlichen und teilweise auch an den persönlichen Schwierigkeiten die sich entgegenstellen. Es kommt auch wirklich nicht so sehr darauf an, ob man jetzt einen Tag früher oder später fertig wird, wie darauf, daß die neuen Wege mit Beschlüssen beschritten werden, damit die schwerwiegenden Entschlüsse, die zu fassen sind, auch wirklich von Dauer sein können.

In diesem Sinne sind die vier Gesetze zum Schutze und zur Sicherung der Republik (Schutzgesetz, Amnestiegesetz, Beamendisziplinargesetz und Reichsstriminalgesetze) in den Ausschüssen trotz der Kürze der Zeit eingehend und gründlich beraten worden. So viel man hört, sind diese Ausschüsseberatungen ziemlich gut verlaufen, jedoch aus ihnen keine Besorgnisse um die glückliche Verabschiedung der Gesetze zu erwarten brauchten. Trotzdem müssen die Freunde der Republik auch bei den Beratungen und Beschlüssen des Gesamt-Reichstages über jedes einzelne der vier Gesetze die Augen angespannt offen halten, damit nachträglich keine bösen Konflikte entstehen. Unter diesen Gesichtspunkten gewinnt der Widerstand Bayerns gegen einige Paragraphen des Schutzgesetzes außerordentliche Bedeutung. Der Reichskanzler hat in der ihm eigenen temperamentvollen Weise am Dienstagabend eine Abrechnung mit bayrischen Empfindlichkeiten und Eigenheiten vorgenommen, die nicht als sehr glücklich bezeichnet werden kann. In einer Lage, wo der führende Staatsmann jede Stimme im Parlament braucht, um den Gegnern der Republik im Inland und den Gegnern des Reiches im Ausland eine möglichst eindrucksvolle Verstärkung seiner Position und seiner Haltung vor Augen führen zu können, sollte er auf menschlich leicht begreifliche, aber politisch ungewöhnliche Temperamentsausbrüche unter allen Umständen verzichten. Sie sind nur dazu geeignet, schwankende Stimmen abzustoßen, statt sie zu gewinnen. Natürlich wird der

Kanzler auf seine scharfe Rede ein scharfes Echo aus Bayern erhalten. Das bedeutet auf keinen Fall eine Erleichterung der schwierigen Lage. Noch bedenklicher erscheint die überraschende Ankündigung des Fraktionsredners der Mehrheitssozialdemokratie Willeit, daß seine Partei die Zustimmung zum Schutzgesetz in der dritten Lesung von der Ausgestaltung der drei anderen Gesetze abhängig mache. Das kann nur bedeuten, daß die Sozialdemokratie die dritte Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik hinauschieben will bis zur endgültigen Fertigstellung der anderen Gesetze. Eine solche Taktik birgt schwere Gefahren für das gesamte Gesetzgebungswerk in sich. Das Schutzgesetz bedarf als verfassungserweiterndes Gesetz einer Zweidrittelmehrheit. Es müssen also außer den Regierungsparteien auch die beiden Flügelparteien der Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei dafür stimmen. Die anderen Gesetze, die mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden können, werden aber voraussichtlich mit wechselnden Mehrheiten angenommen werden, da die Volkspartei erhebliche Bedenken gegen das Beamendisziplinargesetz geltend machen, während die Unabhängigen kaum dem Amnestiegesetz zustimmen dürften. Bei diesen Zusammenhängen ließe es, die Zweidrittelmehrheit für das Schutzgesetz unnötig gefährden, wenn man die Bestimmungen über alle drei Gesetze gleichzeitig in dritter Lesung vornehmen wollte. Es ist gar kein sachlicher Grund einzusehen, der zu solcher ungewöhnlichen Verkopplung der Gesetze zwingen könnte. Parteiliche Erwägungen sollten aber doch wirklich gegenüber so wichtigen grundlegenden Entscheidungen zurücktreten haben.

Auf dem zweiten Wege, der Verbreiterung der Regierungsbasis, ist man trotz aller eifrigen Bemühungen in letzter Zeit keinen Schritt mehr weiter gekommen. Es liegt bisher nur die öffentlich bekundete Willenerklärung der Deutschen Volkspartei vor, unter den ihr gestellten Bedingungen in die Regierungskoalition einzutreten zu wollen und die Behauptung der Mehrheitssozialdemokratie, daß die Unabhängigen unter nicht näher bekannten Bedingungen ebenfalls zum Eintritt in die Regierung bereit wären. Aber da die Deutsche Volkspartei unter keinen Umständen jetzt zur Regierung zulassen zu wollen, helfen die Bereitwilligkeitserklärungen von rechts und links, so erfreulich jede einzelne für sich ist, nicht weiter. Einseitige Erweiterungen der Regierungskoalition nur nach links oder nur nach rechts können aber die inneren und äußeren Schwierigkeiten der nächsten Wochen und Monate nicht hinwegheben. Man wird deshalb weiter wie bisher versuchen müssen, entweder die Regierungsbasis nach beiden Seiten hin gleichzeitig zu verbreitern, oder man wird, wenn das bei den augenblicklichen Stimmungen unmöglich sein sollte, die Koalition lassen müssen, wie sie heute ist und die Erweiterungsabsichten auf spätere günstigere Zeit zu vertagen haben. So viel steht fest, daß die dringlichsten von beiden politischen Gegenwartsaufgaben die der Schaffung eines sicheren gesetzlichen Schutzes der Republik ist. Dieser Aufgabe müssen deshalb zunächst und vorbehaltlos alle vorhandenen Kräfte gewidmet werden. Ihre Erfüllung darf man nicht durch noch so wünschenswerte andere Aufgaben gefährden, wenn deren Ablösung im Augenblick nicht durchführbar erscheint. Wie wir hören, vertritt auch der Reichskanzler und die Reichsregierung diesen Standpunkt und konzentriert deshalb vorerst alle Aufmerksamkeit und Kraft auf die schnelle Verabschiedung der vier neuen republikanischen Sicherungsgesetze.

Ein neues Moratorium.

Es war unausbleiblich, daß der Sturz der Mark, der der Ernennung Rathenaus und der darauf entfallenden Suspension der innerpolitischen Verhältnisse folgte, die deutsche Republik vor die Unmöglichkeit stellte, die bisherigen Reparationszahlungen an die Entente weiter zu leisten. Die Reichsregierung entsandte deshalb Ende voriger Woche die Staatssekretäre Fischer und Schröder nach Paris, um zunächst einmal inoffiziell mit den führenden Persönlichkeiten der Reparationskommission die Möglichkeiten der Gewährung eines neuen Moratoriums zu besprechen. Diese Besprechungen haben zu Ergebnissen geführt, die die Reichsregierung veranlassen werden, alsbald einen offiziellen Antrag auf Erlass der Verzählungen für einen längeren Zeitraum zu stellen. Nach der Stimmung, die in der Reparationskommission herrscht, darf man annehmen, daß diesem Antrag stattgegeben werden wird. Der katastrophale Marksturz hat so der Finanz- wie der politischen Welt Englands und Frankreichs endgültig die Augen darüber geöffnet, daß es mit der bisherigen Politik nicht weitergehen kann. Die

englische Presse erhebt ziemlich einseitig schwere Vorwürfe gegen die französische Katastrophenpolitik und Frankreichs Festhalten an dem Buchstaben des Versailler Vertrages; in der französischen Presse ist eine Entschärfung unverkennbar. Wenn trotzdem der französische Vertreter in der Reparationskommission den englischen Vorschlag, Deutschland ein zwei- oder dreijähriges Moratorium für alle Verzählungen zu bewilligen und auch die Sachleistungen zu ermäßigen, beklagt hat, so darf man diesen Widerstand nach Lage der Dinge doch wohl als den letzten verzweifelten Versuch Frankreichs auffassen, den unvermeidlichen Gang der Dinge noch einmal aufzuhalten. So blieb denn auch Frankreich vollständig isoliert, da sich auch Italien und selbst Belgien auf Seiten Englands legen. Es ist kaum mehr zweifelhaft, daß nach der Rückkehr des Garantiekomitees nach Berlin ein solcher Beschluß zustande kommen wird. Wenn aber die Entente, und vor allem Amerika, sich nicht endlich entschließt, die deutsche Finanzkatastrophe durch viel weitgehendere Mittel aufzuhalten, so wird ein Moratorium auch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten.

Die Spur der Mörder verloren.

Die Mörder Rathenaus sind aus der Umkreisung entwischt, wie es scheint ist die Polizei durch falsche Angaben wesentlich irreführt worden. Trotz alledem ist es unüberwindlich, daß es der Polizei bisher nicht gelungen ist, zwei mittellose umhertrende Burtschen zu fangen. Wenn die Polizei den einen Rathenau-Mörder und den einen Gorden-Attentäter gefaßt hat, so ist es nicht ihr Verdienst; der erste wurde von seinem Onkel ausgeliefert, der zweite auf frischer Tat vom Publikum gefaßt. Daß die Verfolgung gemeinschaftlich mit einem Zeitungsberechtigter statte aufgenommen wird, und daß die Ergebnisse vorzeitig in die Presse gebracht werden, widerspricht allen kriminalistischen Erfahrungen und dient nur einem Klamebedürfnis, dessen Berechtigung nicht anerkannt werden kann. Die Reichsregierung hat übrigens außer der bereits ausgelegten Summe von 1 Million Mark noch einen weiteren Betrag von 1 Million Mark ausgelegt, und zwar lediglich für die Personen, die Fischer und Kern ergreifen oder zur Ergreifung und demnächstigen Ablieferung an deutsche Behörden beitragen

Warnung vor Begünstigung.

(Amtlich.) Nach den Feststellungen der Berliner politischen Polizei haben sich die beiden noch nicht ergriffenen Mörder des Ministers Rathenau in der Zeit nach dem Morde in den verschiedensten Orten bei ehemaligen Kameraden oder Bestimmungsgenossen verborgen gehalten. Es ist damit zu rechnen, daß sie auch weiterhin versuchen werden, in Kreisen ihrer Anhänger Unterschlupf zu finden. Eine solche Mithilgewährung, ebenso wie jede sonstige Unterstützung, bedeutet eine Begünstigung im Sinne des St.-G.-B. und zieht schwere Freiheitsstrafen nach sich. Es wird daher dringend davon gewarnt, den flüchtigen Mördern irgendwelchen Beistand zu leisten. In den letzten Tagen hat die Berliner Polizei bereits mehrere Personen festgenommen, die sich wegen einer solchen Begünstigung vor dem Strafgericht zu verantworten haben werden.

Auf die Ergreifung des noch flüchtigen Anfermann, der das Attentat auf Maximilian Gorden verübt hat, ist eine neue Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt worden. Das Bekinden Gorden ist noch immer bedenklich. Die acht schweren Kopfmunden sind sehr schmerzhaft und heißen schwer, so daß man noch immer Verschlimmerungen befürchten muß.

Deutscher Reichstag.

Die Bedeutung der Abstimmungen zur zweiten Lesung des Gesetzes über den Schutz der Republik kam zunächst in dem äußeren Wille der gestrigen Reichstagsitzung zum Ausdruck. Die Fraktionen hatten ihre von Berlin abwesenden Mitglieder telegraphisch herbeigerufen und gleich bei Beginn der Verhandlungen war das Haus fast bis auf den letzten Platz besetzt. Zunächst wurde ein Gesetzentwurf erledigt, der im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag gewisse Fragen der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts in den abgetretenen und besetzten Gebieten regelt. Dann begannen die Abstimmungen über das Schutzgesetz sofort mit dem grundlegenden § 1, der mit großer Mehrheit gegen die Stimmen einiger Deutschnationaler und der Bayerischen Volksparteier angenommen wurde. Die Abstimmungen gestalteten sich aber alsbald schwieriger und jähren, namentlich dank dem Verhalten der Kommunisten, die von vornherein anständig, daß

zu jedem einzelnen Paragraphen und zu jedem Änderungsantrag einen Redner vorzubringen würden und diese Forderung auch wader machen. Die zwischen den ursprünglichen §§ 1 und 2 eingefügten Paragraphen, die Einzelheiten über die Art der verbotenen Beweistungen und über die Bestrafung von Mitwissern betreffen, wurden in der Ausschussfassung angenommen. Bemerkenswert war dabei die Ablehnung eines von den Reichsparteien, dem Zentrum und den Demokraten amierichtigten vorkonventionellen Antrags, der nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Geschwister von Mitgliedern verdorbener Organisationen straflos lassen wollte, wenn sie sich ernstlich bemüht hätten, ihren Einfluss auf die Schuldigen geltend zu machen. Dieser Antrag fiel mit 200 gegen 188 Stimmen. Zugaben wurde im § 2, den Beweistätigkeiten oder die Aufforderung zu solchen betrifft und der sich auch mit der Frage verborgener Waffenlager beschäftigt, der Antrag der Demokraten und des Zentrums angenommen, daß hier Bewandte, die keine Anzeiger erstatten, straflos bleiben sollen. Die Gesamtabstimmung über diesen Paragraphen brachte das für den weiteren Verlauf der Abstimmungen vorteilhaft schon kennzeichnende Stimmverhältnis von 232:147. Nachdem dann eine Reihe Paragraphen ohne Schwierigkeiten durchgegangen waren, entwickelte sich eine längere Aussprache um § 5, der die Einrichtung und Zusammenfassung des Staatsgerichtshofs beim Reichsgericht bestimmt. Hierzu sind, namentlich über die Zusammensetzung, eine große Anzahl von Änderungsanträgen eingebracht, vor allem ein Kompromißantrag der Demokraten und des Zentrums, wonach der Staatsgerichtshof auf neun Mitglieder bestehen soll, nämlich drei Mitglieder des Reichsgerichts und sechs Laienrichter. Hierzu stellt der demokratische Abgeordnete und bayerische Handelsminister Hamms eine sehr lange und eindringliche Rede, in der er sich unter harter Anteilnahme des Hauses bemüht, den Ausgleich zu finden zwischen der bayerischen Auffassung und der Haltung der Reichsregierung. Er trat mit ersten Worten für die Schaffung eines neuen Reichsgerichts neben dem Reichsgericht auch in ihrer außenpolitischen Bewertung der deutschen Rechtspflege bringen müsse. Seine Begründung bayerischer Änderungsanträge, für die Mitglieder verschiedener Fraktionen eintreten, machte offensichtlich Eindruck und wird wohl auch den Reichsjustizminister zu einer Stellungnahme veranlassen. Während der Rede Hamms war auch der Reichskanzler im Hause erschienen. Die Schwierigkeiten der Abstimmung ließen auch gestern wieder eine lange Sitzungsdauer erwarten.

Kleine politische Meldungen.

U. Dinge — Boten in Moskau. Wie wir erfahren, steht die Ernennung des gewählten Außenministers Admiral v. Dineke zum deutschen Botschafter in Moskau unmittelbar bevor. Der russische Außenminister Tschitscherin ist von seiner Erholungsreise in Berlin eingetroffen. Er wird sich demnächst nach Moskau zurückbegeben, um dort die letzte Entscheidung zu treffen, wann der russische Botschafter nach Berlin gehen soll.

Eine neue Finanzkonferenz. Wie von maßgebender Stelle bekannt wird, soll bereits im September eine neue Finanzkonferenz stattfinden, zu der deutsche und österreichische Vertreter hinzugezogen werden. Der Zusammentritt dieser Konferenz wird beschlossen durch die schlechte deutsche Valuta und Wirtschaftslage, die auf die Nachbarländer zu wirken beginnt.

Erhöhung der Eisenbahntarife. Zum 1. Oktober sollen die Eisenbahntarife wieder stark erhöht werden. Die Fahrpreise sollen um nicht weniger als 50 Prozent gesteigert werden, noch stärker sollen Gepäckkosten steigen, die fast verdreifacht werden. Dagegen sollen diesmal die Gütertariife unverändert bleiben.

Der demokratische Parteivorstand zur Lage. Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei besprach am Dienstag die politische Lage. Nach einer parteiübergreifenden Mitteilung billigt er, was die demokratische Reichstagsfraktion im Zusammenwirken mit den anderen Koalitionsparteien bisher zur Schutze der Republik unternommen hat, und gab der Erwartung Ausdruck, daß die nötigen Maßnahmen mit Entschiedenheit bis zum Ende durchgeführt werden. Er war in Bestätigung seines Beschlusses vom 28. Juni damit einverstanden, daß hierbei mit jeder Partei zusammengearbeitet werde, deren Zuverlässigkeit gegenüber der demokratischen Republik festgestellt.

Reichstagsausbildung und Ausland. Wie der demokratische Bildungsausschuß berichtet, hat das Auswärtige Amt mit Rücksicht auf die unzulässigen Drohungen mit Reichstagsausbildung und Neuwahlen an seine Vertreter in den wichtigsten Ländern die Anfrage gerichtet, wie sie nach ihrer Kenntnis der dortigen Regierung und Volkstimmung eine etwaige Reichstagsausbildung beurteilen würden. Soweit bis jetzt Antworten vorliegen, lauten sie einstimmig dahin, daß eine Reichstagsauslösung die allerbedenklichsten Rückwirkungen auf das Ausland haben müsse.

Deutsch-polnische Vereinbarungen bevorstehend. Zu Verhandlungen hat sich Ministerialdirektor v. Stockhausen nach Warschau begeben, um das Programm für die beabsichtigten Vereinbarungen zwischen Deutschland und Polen festzusetzen und den Verhandlungsprozess zu bestimmen. Neben anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen sollen die Rechte der deutschen Bevölkerung in Polen geteilt und die Möglichkeit eines baldigen freien Warenverkehrs ausgetauscht werden.

Polens nichtpolnische Bevölkerung. Das polnische statistische Hauptbüro hat auf Grund der letzten Volkszählung berechnet, daß Polen ohne Wilna und Oberschlesien und ohne die Armees 25 Millionen Einwohner hat. Unter ihnen sind nur 17,4 Millionen Polen. Auch wenn dieses Ergebnis nicht zugunsten der polnischen Nationalität ausspricht, so zeigt es doch, daß in Polen die nicht polnische Bevölkerung so stark ist, daß von einem Nationalitätsstaat sichtlich nicht gesprochen werden kann.

Eine neue Partei im Elsaß. Klaus Jörn von Bulach, der Sohn des früheren elsässischen Staatssekretärs, hat vor einigen Wochen eine neue politische Partei im Elsaß ins Leben gerufen, die sich in einer Versammlung der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Die Partei will als Gegengewicht gegen den nationalen Block die besonderen elssässischen Interessen vertreten, ist also eine Art von Protestpartei. Die Versammlung, in der Jörn von Bulach das Referat über elssässische Probleme hielt, verlief sehr stürmisch, sodaß die politische Auflösung erfolgte.

Diebstahl wichtiger Akten in Amerika. Nachdem einen japanischen Kurier auf der Ueberfahrt von Amerika seine sämtlichen Akten gestohlen worden sind, hat der Militärattaché der japanischen Botschaft in Washington daselbst Beschwerde erhoben. Aus seiner Wohnung sind die Akten, die sich auf die gesamten japanisch-amerikanischen Verhandlungen während der letzten 20 Jahre beziehen, geraubt worden. Von den Aktengehebern der wissen wir, daß Akten diebstähle in den Vereinigten Staaten nichts Seltenes sind.

Befreiung der Streiklagen in den Vereinigten Staaten. Der schon diese Wochen dauernde Streik der Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten hat noch immer nicht beendet werden können und ist durch einen Streik der Eisenbahnarbeiter verschärft worden. Da sich der Streik im amerikanischen Geschäftsleben schwer auswirkt, hat der Präsident Harding jetzt selbst die Vermittlung in die Hand genommen.

Die Zwickauer Vorgänge im Landtage.

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages wurde bei Beratung einiger Kapitel aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums durch den Abg. Eckardt (D.S.D.) die Frage der Zwickauer Ausschreitungen angesprochen. Abg. Eckardt führte aus: Wenn die Polizei, wie das in Zwickau der Fall war, von der Regierung an der Ausübung ihrer Pflicht gehindert wird,

dann habe sie überhaupt keinen Zweck. In den Verleihen habe ein harter Terror angewendet werden müssen um die Arbeiter geschlossen zur Teilnahme an den Demonstrationen zu bringen. Der Aktionsausschuß habe Drohungen und Erpressungen gegen die Arbeitgeber ausgedehnt, um sie zur Bezahlung des Vorkausfalls an die Arbeiter zu veranlassen. Schuld an den Vorgängen trügen die Gewerkschaften und die drei sozialistischen Parteien. Während sich in Zwickau die unerhörten Vorgänge abspielten, hätten sich in der Kaiserne Glauchau gegen 600 Polizeimannschaften befunden, die aber auf Minister Alpinkis Befehl nicht eingreifen durften. Redner richtet an die Regierung die Frage, was sie getan habe, um die Plünderer zur Rechenschaft zu ziehen. Auf keinen Fall dürfe die jetzt beschlossene Amnestie auf die Plünderer Anwendung finden.

Ministerialdirektor Dr. Schulz: Der Minister des Innern habe keine Kenntnis davon gehabt, daß die Zwickauer Vorgänge hier zur Sprache kommen würden. Die Erklärungen über Zwickau seien noch nicht abgeschlossen. Die Regierung sei infolgedessen noch nicht imstande, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Abg. Voigt (D. Sp.) schildert die Gewalttaten die bei der ersten Demonstration in Otschafsch und in Chemnitz begangen worden sind und weist an der Hand reicher Materialien auf den Zusammenhang hin, in dem die Gewalttaten und dann der Zwickauer Aufbruch mit aufsteigenden Urteilen in der sozialistischen Presse und mit der Aufforderung durch Parteifunktionäre bestehen. — Der Redner wird fortgesetzt in der Leidenschaftlichen Weise unterbrochen, wie dies auch vorher schon während der Rede des Abg. Dr. Eckardt der Fall war. Der Präsident hat häufig Mähe, dem Abg. Voigt die Möglichkeit zum Weiterreden zu verschaffen. — Abg. Grube (Kom.) macht die Regierung für die Zwickauer Vorgänge insofern verantwortlich, als sie die Umgestaltung der Polizei nach den kommunistischen Forderungen nicht zeitig genug durchgeführt habe, und versucht, seine Tätigkeit während der Zwickauer Unruhen zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) stellt ebenfalls fest, daß Minister Alpinkis durch die Verhandlungen mit dem Aktionsausschuß die Staatsautorität preisgegeben habe und daß sich der Aktionsausschuß Rechte angemahnt habe, die über die augenblicklichen Verhältnisse hinausgingen. — Abg. Kauffsch (Unabh.) behauptet, daß die Zwickauer Unruhen auf eine nationale Hebe zurückzuführen seien. — Abg. Heßlein (Str.) sieht in den Zwickauer Vorgängen den Beweis dafür, daß die Arbeiterorganisationen (a) Best nicht mehr in den Händen haben.

Von Stadt und Land

Das amtliche Ergebnis des Volksbegehrens zur Auflösung des Landtages bestätigt vollumfänglich die bereits bekannt gemachten Abstimmungsergebnisse, die eine imposante Offenbarung des Volkswillens darstellen. Von rund einer Million Stimmberechtigten haben sich über 80 Prozent an der Einzeichnung in die Listen beteiligt, sodaß über 818 000 Stimmen der im Volksbegehren vertretenen Forderung zustielen, während verfassungsmäßig nur etwa 207 000 benötigt waren. Wie nun die Dinge mit diesem Ergebnis stehen, ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit für

Table with 2 columns: Stimmkreis, Stimmen. Includes Stimmkreis Chemnitz, Stimmkreis Leipzig, Stimmkreis Chemnitz-Plauen, and a total of 818 778 Stimmen.

Es ist ganz harmlos gemeint, nur in bezug auf das der Mutter gegebene Versprechen, ihm aber Klingt's wie die Antwort auf das heimliche Mißbehagen, das er trotz allem Freuen empfunden hatte, als er sie kommen sah: Na ja, natürlich kam sie — wie eine jede gekommen wäre! Nein, nicht wie eine jede. Was hatte doch Heinrich Bräunelmann gemeint? „Ja, auf Sie kann man sich wenigstens verlassen.“ „Jawohl,“ ruft er und nickt aus Selbstbefriedigung. „Und das ist's, was ich so famos an Ihnen finde.“ „Verstehe sie, wie er's meinte? Es huscht rot über ihr Gesicht, dabei sieht sie ihn offen an. „Ich weiß, eigentlich wundern Sie sich, daß ich gekommen bin. Aber die Luft war schließlich so groß. Ich komme zu selten dazu, mal einen Ausflug zu machen. Und dann — hatte ich Sie auch gern noch fragen wollen, was Sie eigentlich bewacht hat, so rasch Ihre Stelle wieder aufzugeben.“ „Nein, das hatte sie ihn nicht fragen wollen, das gerade Gegenteil hatte sie sich vorgenommen, nun ist sie aber doch froh, daß sich's ihr herausgerungen, und erwartend sieht sie ihn an. Er antwortet nicht gleich, bewegt die Schultern und weicht aus: „Das, ja, das kam so ganz plötzlich — Familienverhältnisse, sozusagen.“ „Ach so!“ ruft sie ganz erleichtert, und es ist ihr, als habe sie plötzlich den Schlüssel für allerlei gefunden, was ihr an ihm nie recht verständlich gewesen war. Er hat te wirklich nicht für seine Stelle gekämpft, hatte eigentlich so gar nichts vom Untergebenen an sich, vielmehr, als wär er's selber gewöhnt, Befehle zu erteilen. „Familienverhältnisse“ — das besagt manchmal — namentlich in kaufmännischen Kreisen — daß einer Unglück gehabt hatte, Verluste — ganz unerschuldete konnten das sein — die einen dann plötzlich in eine ganz andere Lebenssphäre hineinzwängen. — Da war's dann noch ein Miß, wenn einer solchen Temperaments war und das eben nicht von der schwersten Seite nahm. „Nein, das tat der schöne Rudi nicht! Er lachte

Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. Aht. Copyright Greiner & Comp., Berlin. (10 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) „Noch keine Dampferfahrt? Na, da war's aber die allerhöchste Zeit!“ ruft er, und dann sehen sie sich beide an und lachen. Und lachend eilen sie zur Haltestelle, wo der Dampfer im Sicht kommt. Und alles ist so köstlich einfach, als wär's das Selbstverständlichste von der Welt, daß zwei junge Menschen, die die Woche über gemeinsam ihre Pflicht getan, sich nun gemeinsam ihren Sonntag machen. Der Dampfer ist überfüllt; es gibt ein Schließen und Trängen. Auch das ist köstlich, denn das Schiff ist voll von Menschen, denen die Jugend und die Sonntagsfreude aus den Augen lacht. Ganz vorn am Bug, wo die Untertiere liegen, haben sie schließlich eine Sitzgelegenheit gefunden. Nicht, Seite an Seite, sodaß beim raschen Umdrehen ihre Arme sich streifen. Er kneift ein wenig die Augen ein und schielt sie von der Seite an. Sie lächelt still vor sich hin und blickt zu den grünen Ufern hinüber, an denen auf spiegelklarem Wasser der Dampfer fast bewegungslos vorübergleitet. „Wie ist das herrlich!“ ruft sie leise. „In Grünau soll's noch herrlicher werden, da nehmen wir uns ein Ruderboot.“ „Sagt er, und wieder streift sein Arm leicht gegen den ihren. Sie rückt ein bißchen über, daß es für beide gedummt wird, und dabei kopfschüttelt sie: „Nein, Ruderfahren nicht. Das hab ich Mutterchen in die Hand versprochen müssen.“ „Ach — hat Ihre Frau Mutter so ein schiefes Vertrauen zu Ihrem Versprechen gehabt?“ „Sie hat vor allem ein gutes Vertrauen zu ihrer Tochter,“ lacht Käthe glatt.

den Pan noch a d Volkbegeh auf u diese An ein m richtig h lben, na bung de wie eine parlamer eine Jome an w a h e 8 der (a am 60) Zeit grot ist ein 2. Zweifelst nisse ein nötig m mit dem schwinde Lücke in Befugnis umgrenz Ein Beschlun schließge Reichstir Es erklä teute, E für beg sollen e verhand 80. Galtbau G d u a Familie über Au Galtwrit Reisfelle ausgeblt Freunde burtstap ihm zu f end in befi e onklisch des Ver E h r e n durch ei reich. Wel kommiss in Vne prüfung Erb bellerin Frau S lichen G von der Die Zwickauer wärdt h von 80 vermutil martefra geseht. T Blat hinderun in dieser 15. Tu Musthoff 1. We 2. Du 3. Do 4. Gol 5. Ph Erg trennt u die deutn ung be lassen B gruppe v kampf b in Je s Gaus. in den 5 und den bilden. Die Tur 32 Uhr 3 Uhr und 45 Uhr 7 Uhr 8 Uhr 6 Uhr 60 Uhr Tur 411 Uhr 1 Uhr 2 Uhr 48 Uhr Gem 45 Uhr 40 Uhr hend alle Der Tur auf wirt in Scher allem Fr nung ihr bellose C ausgleich wande.

Aus dem Kuriositätenkabinett der Steuern.

Neue Steuern sind gegenwärtig mehr denn je an der Tagesordnung und man ist frampft bemüht, Mittel und Wege zu finden, um für die immer gewaltiger anschwellende Schuldenlast einen Ausgleich zu finden. Schon viele Regierungen der Vergangenheit sind in der gleichen Verlegenheit gewesen wie die unsrige, und es hat auch nie an sinnigen Köpfen gefehlt, die Vorschläge für neue Steuern machten. Nicht jeder Phantast, der seine Ideen den Staatsmännern aufdrängen will, wird aber eine so geistreiche Antwort erhalten wie jener französische Grandseigneur, der dem Finanzminister Ludwigs des Vierzehnten, Colbert, allen Ernstes vorschlug, die Intelligenz zu besteuern. Ich verstehe, warum Sie diese Steuer vorschlagen, erwiderte ihm Colbert, Sie würden jedenfalls von ihr befreit sein. Die praktischen Römer waren die ersten Steuererfinder, die alle möglichen Dinge mit Abgaben belegten. So mußte der Jüngling bei der feierlichen Verlobung der Toga, der Mannestracht, eine Summe entrichten und es gab auch eine Steuer für alte Jungfern, wenn sie reich waren. Die Kloakensteuer des Kaisers Vespasian läßt den Satiriker Juvenal dem Herrscher die Worte in den Mund legen: Gut ist der Geruch des Gewinns, woher der letztere auch komme. Das Tollste an Steuern leistete der römische Kaiser Michael Paphlago, mit dem vortoll abraum, der Steuer auf die Luft. Die Bürger des Weltreiches mußten diese Abgabe leisten, nur weil sie zum Atmen die Luft einziehen mußten. Das Mittelalter hat an kuriosen Steuern weniger geleistet, desto mehr aber die Epoche der absoluten Fürsten, die immer Geld brauchten und denen jeder Vorwand recht war, um ihre Untertanen zu schröpfen. Der Sonnenkönig ging da mit schlechtem Beispiel voran und die deutschen Fürsten, die es ihm in allem nachmachen wollten, übertrumpften ihn darin sogar noch. Friedrich der Erste von Preußen, der sehr prunkliebend war und viel Geld brauchte, führte 1702 die Kopfsteuer

für jeden Stand ein, und zwar zahlte er selbst und sein hohes Haus die Steuer auch: der König jährlich 4000 Taler, die Königin die Hälfte, der Kronprinz 1000 Taler usw., die Offiziere mußten ohne Unterschied einen ganzen Monatslohn entrichten; Der Handwerksjunge zahlte 12 Silbergroschen, der Bauer 5 und selbst eine Tagelöhnerin 4 Silbergroschen. Berechtigter waren die Zugsteuer. So mußte jeder, der sich einen Wagen hielt, die Karosjensteuer, je nach der Eleganz seines Gefährtes, mit 12 Groschen bis 8 Talern entrichten; als Grund dafür wurde angeführt, daß durch die Wagen das Pflaster der Residenz verdorben würde. Für ihre hohen Preisen zahlten die Damen die Fontangensteuer mit 1 Taler jährlich, und noch viel mehr brachte die Perückensteuer in jenen Tagen, da jeder, der auf sich hielt, mit einer Allongeperücke erscheinen mußte. In Preußen entrichteten Hofleute und Staatsdiener bis zum Generalmajor hinab, jährlich 24 Taler für ihre Perücken, die andern Beamten bis zum Major 2 Taler und die bis zum Sekretär 1 Taler, Kammerdiener, Kaufleute und Bürger zahlten 18 Groschen, Handwerksgehilfen und Laternen und andere geringere Leute 4 Taler. Eine zeitgemäße Umformung dieser Steuer war die Haarpubertage, die Pitt zur Zeit der französischen Revolution in England einführt und die englischen Aristokraten ließen es sich etwas kosten, durch diegepubertes Haar ihren Abscheu vor den Naturköpfen der Revolutionäre zu bezeugen. Der erfindereiche Pitt brachte auch die Fenstersteuer auf, die zur Zumauerung sehr vieler Fenster führte. Natürlich bekam auch Deutschland seine Fenstersteuer; so wurden z. B. in den Bistümern Köln und Lüttich zwei Groschen für jede Glasscheibe erhoben. Es gab auch eine sogenannte Jungfersteuer, die bestimmte, daß jedes Mädchen, das mit 20 Jahren noch nicht unter die Haube gekommen sei, bis zum 40. Jahre jährlich einen Taler zahlen müsse. Das sollte zum Heiraten anspornen. Praktischer war die Dagestolzensteuer, die auch in einigen deutschen Kleinstaaten bestanden hat. Die in Preußen und anderwärts eine Zeitlang übliche Prinzessinnensteuer legte freilich den hohen Damen keine Geldbußen auf, aber das Volk

mußte die Steuer bei jeder Verheiratung einer Prinzessin zahlen. Ein Reichsgraf hat in seinem Ländchen sogar eine Dagestolzensteuer erhoben, die der Landesherr, der das Land gebrochen hatte, zur Bestreitung seiner Kuriositäten erheben und auch nach glücklicher Verstellung noch weiter einzog, und Heß, der von dieser Steuer berichtet, erwähnt auch eine allgemeine Dagestolzensteuer, die festsetzte, daß jeder Bauer viermal im Jahr zwei Lot Gedülter Salz zum Abführen einnehmen und eine bestimmte Summe dafür entrichten mußte.

Handel und Verkehr.

Frankonia A.-G. vorm. Albert Frank in Bielefeld, bei Schwarzenberg. Die in Berlin abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 16 Millionen Mark Stammaktien und um zwei Millionen Mark Vorzugsaktien. Die Stammaktien werden den bisherigen Aktionären zum Kurse von 210 Prozent in der Weise angeboten, daß auf eine alte Aktie bezogen werden kann. Bezüglich des gegenwärtigen Geschäftsganges und der Aussichten konnte die Verwaltung günstige Mitteilungen machen.

Verantwortlicher Redakteur: Frh. Arnhold. Druck und Verlag: Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue.

Amtliche Bekanntmachung.

Aue. Mehrere Fundgegenstände, als Ringe, Geldtaschen, Geldbeträge, Damenhalbschuhe, Regenschirme usw. liegen hier zur Abholung. Auskunft wird erteilt im Stadthaus, Zimmer 18.

Aue, 12. Juli 1922.

Der Rat der Stadt, Vollgehabt.

Für die in so überaus zahlreichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer am 8. Juli vollzogenen Vermählung sagen wir, zugleich im Namen der Eltern, hierdurch unseren herzlichsten Dank.

AUE
Richard Pausch und
Frau Elisabeth geb. Fischer.

Geburtsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Verlobungsbriefe

liefert schnell und in feinsten Ausführung

Buchdruckerei Auer Tageblatt
Ernst-Papst-Strasse.

Apollo-Lichtspiele Aue
Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstraße 17.

Freitag bis Montag, den 14. bis 17. Juli:
Atlas, der Gewaltige
Der große Sensations-Abenteuerfilm
in 2 Episoden — 10 Akte.
I. Episode:
Der Stamm der grünen Schlange
Sensations-Schauspiel in 5 Akten.
In der Titelrolle: **Mario Ansonia.**

Hierzu ein Auslandsfilm aus dem Decca-Biostop-Verlag:
Das entschleierte Bild
Schauspiel in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Pauline Frederick,**
die bekannte amerikanische Film-Darstellerin.
Täglich Anfang 8 Uhr. Letzte Vorstellung geg. 9 Uhr

Heute Donnerstag:
Das Spiel mit dem Weibe . . . 5 Akte.
Verlorene Moral 5 Akte.

Germania Aue. (Ritschers Theater.)
Freitag, 14. Juli, abends 8 Uhr
Die Räuber auf Maria-Culm ob. **Widiana das Goldmädchen.**
Hierzu ein persönliches Nachspiel.

Freibant Schlachthof Aue
Morgen Freitag von nachmittags 1/4 bis 4 Uhr
Der Kauf von minderwertigen Fleisch.

Alte Briefmarken-Sammlung
Sofort zu kaufen gesucht. Preisangabe erwünscht.
Angebote unter **A. C. 3666** an die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes.

Rings
Lebensmittel-Häuser

Eig. Großschlächterei
Eigene Kühlkammer

Modernst. Höchstleistungsbetrieb Sachsens

Alberfeinste Tafel-Margarine	Pfund	45 50
Echt hayerische Schmelzmargarine	Pfund	60 00
Alberfeinstes Weizenmehl 70% Ausmahlung	Pfund	16 00
In Weizengries	Pfund	17 50
Alberfeinste Hausmacher-Nudeln aus 65% Weizenmehl	Pfund	17 50
Prima spelzenfreie Haferflocken	Pfund	12 00
In Tafelreis	Pfund	13 50 14 00
Alberfeinste Gräupchen	Pfund	11 75
Prima gukochende Speise-Erbesen	Pfund	9 00
In gebr. Gerste	Pfund	12 00
Garniert rein entöltet Cacao	1/4 Pfund	9 50

Zwickau
i. Leipz. Str. 23 Fernspr. 2203

Zwickauer-Hackepeter
Reichenbach. Str. 100

Werdau
Markt 34 Fernruf 705

Werdau
Bahnhofstr. 43 Fernruf 184

Aue i. Erzgeb.
Wettinerplatz Fernruf 458

Oelsnitz i. Erzgeb.
Stollberger Str. Fernruf 10

Niederhasslau
Hauptstraße 38

Vielau
Hauptstraße 11b

Abt. Fleisch- und Wurstwaren
Meine Fabrikate werden aus in eigenem Schlachthaus geschlachteten Tieren und nur aus aller bestem Rohmaterial hergestellt.

in Leberwurst II Pfd. 52.—	in Cainsdorf. Blutwurst Pfd. 65.—
in Blutwurst II " 52.—	in Sälzenwurst " 80.—
in Cainsdorf. Leberwurst " 65.—	u. s. w.

Gasbrenner läuft allen mir !!!

Erwin

Sub. bestm. u. billigste Ausführung

Ministerialrat Dr. Schwarz, ehem. Fabrikant, Aue, Erzgebirge

Fabrikniederlage: Zoepfel & Grassner, Zwickau Sa. / Reichenbach i. Vogtl.

Kleine Anzeigen
Stellenangebote
Stellenangebote
haben guten Erfolg im
Auer Tageblatt.

Original Bezinger-Reformschmelzen u. Herde
haben Weltren. Unvergleichl. Erfolg in Leistung u. Sparbarkeit. Bequeme (auch amtliche) bei 40 Stunden Brand mit einer halben Brauntöde oder Brötele. Auch Bezingerherde heizen bis 80 Zimmer, kochen, backen, braten und heißes Wasser im Überflus mit einem Feuer. (Wiesenarbeiten.)
Bezingerwerk Crimmitschau.

Einige jüngere
Löffelschleifer
stellt sofort ein
Bruno Richter,
Alpaca-Werk- und Metallwarenfabrik.

Maler- u. Anstreichergehilfen
sucht
Kurt Löffler, Dekorationsmaler, Reichstr. 49
Ich suche für meinen kinderlosen Haushalt zum 1. August ein ordentliches

Hausmädchen
und würde auch junges Mädchen anlernen. — Eltern, denen für ihre Tochter an einer angenehmen Stellung bei sehr guter Verpflegung und Behandlung, sowie hohem Lohn gelegen ist, werden um Zuschrift gebeten.
Helene Bohl, Annaberg i. Erzgeb.,
Bismarckstraße 4.

Gaub. ehrliches Dienstmädchen
möglichst schulfrei, für sofort oder 1. August bei 450.— Mtl. Anfangslohn und guter Kost gesucht.
Bäckerei Kurt Martin, Zwickau,
Wiglebenstraße 15.

Erzgeb.-Verein.
Heute abend 8 Uhr
Bereins-Verammlung
in Aue.
Zahlreich. Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Werkzeug-Schlosser
g e l u c h t
durchaus tüchtig im Schnitt-
Stanzbau.
H. Ridel & Co.,
Rassel,
Aluminiumpfand.

Richtig spekulieren heißt, jetzt kaufen !!
Meine Preise sind bei Berücksichtigung der Qualität und Ausführung, sowie in Anbetracht der bedeutend höheren Einkaufspreise außerord. billig. Verschonen Sie mich zwanglos.
Ernst Korbinsky,
Reichstr. 12, Schuhgeschäft und mech. Reparaturwerkstatt.

Jüngeres Dienstmädchen
zu zwei Kindern bei bester Behandlung und Kost sofort gesucht. Gehalt 350 Mark ohne Abzüge. Zu erfragen
Finke, Leipzig-Grabenau,
Luppenstraße 5.

Prima Erdnuß-Spelle-Del (hell)
pa. Schmelzmargarine
empfiehlt zu allen Breiten
Max Werner,
Eisenbahnstraße 12.

Wer näht Leib- und Bettwäsche sauber
aus. Zu erf. im Tageblatt.

Kopfhairwässer
in großer Auswahl
empfiehlt preiswert
Stern & Auger
Köpte u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Gänseflügel
kauft
Auer Tageblatt.

Ich liefere:
Früh-Kartoffeln
und **Speise-Salz.**
Ich kaufe: **Wiesenheu.**
H. R. Trepte, Arnsdorf i. S.
Telephon Amt Radeberg 539
und Arnsdorf 24.

Postkassette
mit **Post**
wird empfohlen
Getrag
empfohlen
in **Postkassette**